



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 4. Ratssitzung vom 1. Juni 2022

#### 138. 2021/184

#### **Motion der AL-Fraktion vom 21.04.2021: Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und Liquidation der Parking Zürich AG**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

*Walter Angst (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3888/2021): Die Motion hat eigentlich einen verwirrenden Titel. Eine Kommunalisierung bedeutet in der Regel, dass der Staat alles besser macht. Das ist nicht der Hauptpunkt. Es geht auch nicht darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die anständig angestellt sind, besserzustellen. Es geht uns um die Frage der «Governance». Seit den neun Jahren, in denen STR Daniel Leupi im Amt ist, ist ein Umbruch- oder Umbauprozess der Bewirtschaftung der Parkhäuser und der Eigentumsverhältnisse im Gang. Bei den Zusatzkrediten haben wir ein Geschäft zur Übernahme eines Parkhauses, das umstrukturiert werden musste. Wir können nicht wirklich darüber sprechen, was alle wissen, die in den Aufsichtskommissionen sind. Wenn man die Antwort des Stadtrats liest, kann man aber erahnen, dass ein kleines Durcheinander herrschte, als STR Daniel Leupi übernahm. Mit seiner Tatkraft räumte er so weit auf, dass wir nun diskutieren können, wie die Bewirtschaftung der Parkhäuser in Zukunft organisiert werden soll. Ein Relikt vergangener Zeiten ist, dass die Parkhausbewirtschaftungs-Aktiengesellschaft auf Einkaufstour ging. Ein Einkauf im Berner Oberland konnte abgestossen werden. Im Portfolio bestehen noch Parkhäuser in Dübendorf, Rheinfelden und Thalwil. Das sehen wir von der AL nicht als zentrale Aufgabe der Stadt Zürich. Daher sehen wir durchaus die Möglichkeit, zu desinvestieren und die Bewirtschaftung in diesen Orten abzugeben. Die AL stört sich an der seltsamen Struktur der Parking Zürich AG (PZAG): Sie hat zwar einen Geschäftsführer, der die Sache versteht – er könnte aber genauso gut ein städtischer Abteilungsleiter sein. Die Kontrollen seien über die Direktorin und die Qualitätssicherer der Dienstabteilungen sichergestellt, die zentral involviert seien und sich regelmässig mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Verwaltungsrats trafen. Unserer Meinung nach würde es vieles vereinfachen, wenn der Betrieb in die Stadt übernommen würde und die Angestellten ihre Arbeit weiterführten. Ich glaube, dass die Baugenossenschaft Zurlinden gerne bereit wäre, ihre Parkhäuser weiterhin bei der Stadt verwalten zu lassen. Es macht Sinn, dass die schrittweise zu reduzierenden Parkierungsmöglichkeiten in der Stadt zentral, beispielsweise durch die Dienstabteilung Verkehr, bewirtschaftet werden. So können die vorhandenen Kapazitäten ausgenützt und zur Verfügung gestellt werden. So kann die Verkehrs- und Parkierungswende, die die Stadt braucht, strukturiert durch einen städtischen Betrieb umgesetzt werden. Die Motion erteilt dem Stadtrat den Auftrag zur Prüfung, wie das relativ einfach realisiert werden kann. Es ist eine Organisationsänderung,*



2 / 5

*darum scheint uns das Anliegen motionabel zu sein. Es wird nicht sehr viel Geld kosten und es wird danach nicht teurer. Die Aufsicht durch den Gemeinderat wird einfacher und auch und für die involvierten städtischen Direktorinnen und Direktoren wird es einfacher.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es gab Handlungsbedarf bei der PZAG, als ich den Verantwortungsbereich übernahm. Die Grösse des Verwaltungsrats war zu gross und mit zwei CEO überorganisiert. Der Haupt-CEO war nur im Mandat angestellt, der andere hatte ein richtiges Salär. Es gab Reibungen in der Zusammenarbeit zwischen der Liegenschaftenverwaltung und der PZAG. Das Beschaffungswesen musste angeschaut werden und es gab keine Eignerstrategie, was aber damals noch nicht üblich war. Nach und nach wurden basierend auf einer externen Analyse Anpassungen vorgenommen. Heute gibt es einen CEO, der angestellt ist. Sein Gehalt und das der Mitarbeitenden bemisst sich nach städtischen Massstäben. Das Beschaffungsrecht wird selbstverständlich eingehalten. Der Geschäftsbericht ist öffentlich zugänglich. Es gibt einen Mietvertrag zwischen Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und PZAG über alle Parkhäuser. Die PZAG richtet sich auf die städtische Verkehrspolitik aus, das ist nicht einfach. Sie muss Parkhäuser betreiben, während die Stadt weniger motorisierten Verkehr will. Insgesamt macht sie das gut und reagierte beispielsweise sehr flexibel, als es nötig wurde, Dritten kostenlos Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Dritte haben bestätigt, dass die PZAG heute absolut korrekt und vorbildlich aufgestellt ist. Es ist ein Modell, wie überall bei der LSZ: Die LSZ besitzt das Gebäude und die Dritten betreiben es. Ich drängte darauf, dass das Baurecht beim Parkhaus Urania vorzeitig zur Stadt zurückkam. Die Motion reagiert auf die Vergangenheit und auf Zustände, die längst behoben sind. Die PZAG macht nichts mehr, das den Gemeinderat empören könnte, ausser dass es eine Aktiengesellschaft ist. Es ist ein Modell, das wir auch bei den Restaurants haben. Wir können es heute anders machen; heute würden wir es nicht mehr so machen. Vor langer Zeit war es so, dass die Liegenschaftenverwaltung selbst Betreuer hatte, die schliesslich von der Aktiengesellschaft übernommen wurden. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, weil es spannendere Geschäfte gibt, in die ich Ressourcen der Verwaltung lieber investieren will und bei denen mehr erreicht werden kann. Die Motion setzt eine falsche Priorität. Der Stadtrat wird die Eignerstrategie in Kürze überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten. Gerne nehmen wir dafür Inputs entgegen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Im Grundsatz stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine städtische Aufgabe ist, Parkhäuser zu betreiben. Es liegt aber im Interesse der Stadt, dass wir mit den Parkhäusern und deren Preispolitik Einfluss auf die Verkehrspolitik nehmen können. Insofern wäre es richtig, die Parkhäuser zu betreiben und nicht einem Dritten zu übertragen, der vor allem einen finanziellen Anreiz hat, auch wenn es eine hundertprozentige Tochterfirma der Stadt ist. Darum ist es nicht ersichtlich, inwiefern es besser werden soll, wenn eine Dienstabteilung die Aktiengesellschaft ersetzt, die uns gehört. Wir sagen Ja zum Postulat, um es dem Stadtrat auf die To-do-Liste zu setzen, lehnen aber die Motion ab, weil es kein dringendes Problem ist.*



**Dominique Zygmunt (FDP):** Die Motion hat einen falschen Titel. Es sollte nicht die «Kommunalisierung» sondern die «Verpolitisierung» der Bewirtschaftung heissen. Laut Walter Angst (AL) geht es darum, die Governance zu verbessern. Was macht denn diese AG und um welche Aufgaben geht es? Es geht um das Facility Management, die Objektverwaltung, das bauliche und technische Gebäudemanagement, den Unterhalt, den Kundendienst, die Reinigung, die Entsorgung, die Sicherheit sowie das Energie- und Innovationsmanagement. Wo liegt der Vorteil, wenn das kommunalisiert wird und diese Aufgaben von einer städtischen Mitarbeiterin oder einem städtischen Mitarbeiter erledigt werden? Wir sehen keinen Vorteil. Wir glauben, dass die AG ihre Berechtigung hat, so wie sie heute funktioniert. Ich glaube, dass das Anliegen der Motion ein anderes ist: dass wir politisch darauf Einfluss nehmen und bestimmen können, was in den Parkhäusern geschieht, wie viele Parkplätze es gibt oder wie die Öffnungszeiten sind. Es geht darum, dass wir politische Entscheide über den Betrieb der Parkplätze fällen können. Ich möchte Sie auf ein hängiges Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roger Liebi (SVP) aus dem Jahr 2002 aufmerksam machen: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sämtliche durch die Stadt Zürich betriebenen Parkhäuser zukünftig durch Private bewirtschaftet werden können oder auch an Private verkauft werden können.»

**Martin Götzl (SVP):** Seit der Aufhebung des historischen Parkplatzkompromisses setzte sich ein schleicher Prozess in Gang, möglichst schleierhaft und wenig sichtbar Parkflächen zu reduzieren. Das mutmassliche Ziel ist, den Individualverkehr auszubremmen. Die Organisation der städtischen Parkhäuser funktioniert seit Jahrzehnten. Jetzt sollen strukturelle Bereinigungen vorgenommen werden, ohne dass man eine Gesamtstrategie erkennen kann. Was soll erreicht werden? Vor wenigen Wochen genehmigte der Rat gegen den Willen der SVP den Heimfall des Parkhauses Urania. Das geschah im Jahr 2022, wurde aber merkwürdigerweise per 1. Januar 2021 beantragt. Nun wird gefordert, die PZAG zu liquidieren und die Bewirtschaftung zu kommunalisieren. Für uns heisst kommunalisieren verstaatlichen. Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben fokussieren, wie die Forderung von Roger Bartholdi (SVP) und Roger Liebi (SVP) aus dem Jahr 2002 sauber aufzeigte. Die Bewirtschaftung von Parkhäusern gehört nicht zu den Staatsaufgaben. Private Anbieter können das mindestens so gut oder besser. Stossend ist, dass die Initianten weiter in die Parkhäuser eingreifen wollen, um vermeintlich Parkflächen abzubauen. Mit der heutigen Rechtsform hat der Gemeinderat die Oberaufsicht und die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Parkhäuser. Insofern ist dieser Vorstoss als Motion und auch als Postulat obsolet. Heute unterstützen das Angebot und die Bewirtschaftung die städtebaulichen, ökologischen und verkehrlichen Ziele im öffentlichen Interesse. Negative Folgen, wie sie aus Privatisierungen mit gleichzeitiger Übertragung der Aufgaben und des Eigentums des Gemeinwesens an Private bekannt sind, liegen definitiv nicht vor.

**Felix Moser (Grüne):** Die PZAG hat eine spezielle und längere Geschichte. Das Wesentliche ist, dass in den letzten Jahren viele der dargelegten Probleme beseitigt und bereinigt wurden. Im Gegensatz zur früheren Situation ist die PZAG heute eine gut aufgestellte AG mit klaren Strukturen, einem klaren Auftrag und einer Eigentümerstrategie. Sie kümmert sich lediglich um die Bewirtschaftung der Parkhäuser. Die bewirtschafteten Parkhäuser sind im Besitz der Stadt. Der Gesamtstadtrat informierte in der Antwort zum



*ersten Mal über die Umstrukturierung und Neuorganisation – vielleicht wäre es besser gewesen, wenn diese Informationen früher erfolgt und transparenter gewesen wären. Für uns Grüne ist der Betrieb von Parkhäusern nicht zwingend eine zentrale Angelegenheit der Stadt. Am liebsten würden wir auf Parkhäuser verzichten und sie umnutzen. Gemäss der aktuellen Parkplatzstrategie sollen oberirdische Parkplätze abgebaut werden, um Freiräume für nachhaltige Nutzungen zu schaffen, während Parkhäuser weiterhin genutzt werden sollen. Die Parkhäuser müssen also weiterhin bestehen und betrieben werden. Für uns ist der wichtigste Punkt, dass die Parkhäuser im Besitz der Stadt bleiben, was sich nicht ändern wird. Die Bewirtschaftung von Parkhäusern ist nicht zwingend eine Aufgabe der Stadt; aus unserer Sicht kann sie durch Dritte vorgenommen werden. Der Vorstoss ist als Motion zu stark; als Postulat würden wir ihn unterstützen.*

**Christian Traber (Die Mitte):** *Die Fraktion Die Mitte/EVP war mit der Antwort des Stadtrats sehr zufrieden. In der PZAG sehen wir eine gut funktionierende Einheit. Für den Betrieb der Parkhäuser sehen wir die heutige Organisationsform im Moment als die Richtige. Abgesehen davon, dass eine Änderung keine Priorität hat, besteht auch inhaltlich keine Notwendigkeit für eine Anpassung. Darum lehnen wir sowohl die Motion als auch das Postulat ab.*

**Alan David Sangines (SP):** *Der SP ging es nicht um einen politischen Entscheid, um die Parkplätze zu beeinflussen, indem die Bewirtschaftung kommunalisiert wird. Wir hörten heute, dass man zwischen den Zeilen lesen kann und dass aufgeräumt wurde. Wir finden, dass es für den Gemeinderat in der Vergangenheit schwierig war, seine Kontrolle wahrzunehmen. Wir sehen keinen Grund, warum es eine AG sein muss. Vorher wurde argumentiert, dass diese Form perfekt funktioniert; sie sei ein wenig unabhängiger von der Stadt. Sie ist aber vollständig im Besitz der Stadt. Es sind Dienstabteilungschefs des Tiefbauamts, der LSZ, der Sozialen Dienste und der Dienstabteilung Verkehr, die im Verwaltungsrat Einfluss nehmen. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass der Gemeinderat die politische Kontrolle als Oberaufsicht ausübt. Das finden wir schwierig. Wir hörten, dass man aufräumen musste. Ich stelle die Frage, was der Gemeinderat tat, wenn ein Stadtrat offenbar aufräumen musste. Wie kann eine Aufsicht wahrgenommen werden, wenn es offenbar die Notwendigkeit gab, vieles umzustellen oder aufzuräumen? Was bedeutet eine Oberaufsicht im Gemeinderat? Eine Oberaufsicht braucht nur die Informationen, um zu überprüfen, ob die Aufsicht ihre Arbeit machte. Es heisst immer: Je weiter weg etwas ist, desto weniger Informationen braucht man dazu. Die PZAG betreibt vierzehn Parkieranlagen in Zürich, spielt damit eine entscheidende Rolle und hat grosse Macht. Wir finden, dass es darum nicht ausreicht, dass wir eine Oberaufsicht haben, die aus irgendeinem Grund funktionierte oder nicht funktionierte, wenn man auf einen Wechsel der Departementsvorstehenden warten muss, bis man sieht, dass eine Restrukturierung nötig ist. Daher sehen wir den Grund nicht, dass es eine AG sein muss, die zu 100 Prozent im Besitz der Stadt ist, wobei der Gemeinderat die Oberaufsicht und nicht die richtige Aufsicht hat. Es ist besser, wenn wir unsere Aufsicht direkt wahrnehmen können und an alle dafür nötigen Informationen kommen. Dann ist es hoffentlich nicht mehr ausschliesslich von Departementsvorstehenden abhängig, ob man aufräumen muss, wenn etwas nicht gut aufgestellt ist.*



5 / 5

**Walter Angst (AL)** ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wir haben eine Aufsicht; es sind drei Dienstchefinnen und eine Qualitätsmanagerin. Die Oberaufsicht liegt beim Stadtrat und der Gemeinderat weiss eigentlich nichts und kann darüber nicht sprechen. Es geht nicht darum, was vor dem Jahr 2013 geschah. Da schweigt des Sängers Höflichkeit. Mit der Auflösung der PZAG und der Integration der Organisation zum Beispiel in die Dienstabteilung Verkehr erreichen wir eine Vereinfachung. Es wären viel weniger Sitzungen nötig. Ich bin mit STR Daniel Leupi einverstanden: Es ist keine Aufgabe der höchsten Priorität. Es muss aber geregelt werden, dass bei einem Wechsel in der politischen Führung nicht wieder geschieht, was wir vorher hatten. Es braucht eine Abwicklung innerhalb der Verwaltung und nicht eine pseudo AG.

**Martina Zürcher (FDP):** Klar ist, dass vor und nach dem Jahr 2013 hohe städtische Angestellte im Verwaltungsrat sassen. Ich will Sie auf Ihre Inkonsistenzen bei verschiedenen Themen hinweisen: Atomkraftwerke wollen Sie in eine separate Gesellschaft ausgliedern, während Sie beispielsweise sagen, dass die Oberaufsicht besser funktioniere, wenn sie bei der Stadtverwaltung liege. Entsorgung + Recycling Zürich ist und war aber auch keine AG.

Die Motion wird mit 57 gegen 57 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) gemäss dem Stimmenthalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat